

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1891
der Abgeordneten Marie Luise von Halem
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/4833

Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1891 vom 28.02.2012:

Schulen in freier Trägerschaft sind bei der Vergütung Ihrer Lehrkräfte nicht an Tarifverträge oder Vergütungshöhen des öffentlichen Dienstes gebunden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche rechtlichen Grundsätze und Maßstäbe liegen bei der Prüfung der Landesregierung hinsichtlich der Vergütung der Lehrkräfte an Ersatzschulen zugrunde?
2. Bis zu welcher Höhe (prozentual) darf nach der Genehmigungs- und Aufsichtspraxis des für Schulen zuständigen Ministeriums die Vergütung von Lehrkräften an Ersatzschulen hinter derjenigen von Lehrkräften an öffentlichen Schulen zurückbleiben, ohne die Genehmigungsvoraussetzungen des § 121 Abs. 3 Nr. 3 BbgSchulG zu verletzen, wonach die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte dahingehend abgesichert sein muss, dass ihre Vergütungen bei entsprechenden Anforderungen hinter den Gehältern der Lehrkräfte an entsprechenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft nicht wesentlich zurückbleiben und in regelmäßigen Abständen gezahlt werden?
3. Welche Fälle sind der Landesregierung bekannt, wonach Ersatzschulen ihren Lehrkräften eine Vergütung gezahlt haben, welche hinter der o.g. wirtschaftlichen Absicherung zurückbleibt? Welche Vorkehrungen und Maßnahmen sind getroffen, um zu gewährleisten, dass die Träger von Ersatzschulen diese Genehmigungsvoraussetzungen bei der Organisation des Schulbetriebs beachten?
4. In wie weit existieren Kooperationen zwischen öffentlichen Schulen und Ersatzschulen beim bedarfsabhängigen Austausch von Lehrkräften, z.B. durch gegenseitige Entsendung? Gibt es Erlasse des für Schule zuständigen Ministeriums oder Anordnungen der Schulaufsichtsbehörden oder sonstige Weisungen und Richtlinien, wie Lehrkräfte aus öffentlichen Schulen zu Ersatzschulen wechseln können, bzw.

dass dies ausgeschlossen oder an besondere Bedingungen geknüpft wird? Wenn ja, welche?

Datum des Eingangs: 30.03.2012 / Ausgegeben: 04.04.2012

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche rechtlichen Grundsätze und Maßstäbe liegen bei der Prüfung der Landesregierung hinsichtlich der Vergütung der Lehrkräfte an Ersatzschulen zugrunde?

Zu Frage 1:

Artikel 7 Absatz 4 Satz 4 GG bestimmt, dass die Genehmigung zur Errichtung einer privaten Schule zu versagen ist, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist. Mit dieser Regelung soll sichergestellt werden, dass die Öffentlichkeit vor unzureichenden Bildungseinrichtungen geschützt wird. In Ausführung des Artikel 7 Absatz 4 Satz 4 GG bestimmt § 121 Absatz 3 des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG), dass die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte gesichert ist, wenn

- über das Angestelltenverhältnis ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen wurde,
- der Anspruch auf Urlaub festgelegt und die Pflichtstundenzahl geregelt wurde und
- die Vergütungen bei entsprechenden Anforderungen hinter den Gehältern der Lehrkräfte an Schulen in öffentlicher Trägerschaft nicht wesentlich zurückbleiben und in regelmäßigen Abständen gezahlt werden.

Unter Bezug auf § 121 Absatz 3 Nummer 1 BbgSchulG gelten im Rahmen einer arbeitsvertraglichen Beziehung („Angestelltenverhältnis“) gesetzliche arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Mindestansprüche (Vergütungsanspruch, Urlaubsanspruch, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw.).

Frage 2:

Bis zu welcher Höhe (prozentual) darf nach der Genehmigungs- und Aufsichtspraxis des für Schulen zuständigen Ministeriums die Vergütung von Lehrkräften an Ersatzschulen hinter derjenigen von Lehrkräften an öffentlichen Schulen zurückbleiben, ohne die Genehmigungsvoraussetzungen des § 121 Abs. 3 Nr. 3 BbgSchulG zu verletzen, wonach die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte dahingehend abgesichert sein muss, dass ihre Vergütungen bei entsprechenden Anforderungen hinter den Gehältern der Lehrkräfte an entsprechenden Schulen in öffentlicher Trägerschaft nicht wesentlich zurückbleiben und in regelmäßigen Abständen gezahlt werden?

Zu Frage 2:

Gemäß § 5 Absatz 5 der geltenden Ersatzschulgenehmigungsverordnung (ESGAV) vom 9. Mai 2008 sind die Erfordernisse des § 121 Absatz 3 Nr. 3 BbgSchulG erfüllt, wenn die Höhe des Entgelts der im Angestelltenverhältnis beschäftigten Lehrkraft nicht geringer ist als 90 vom Hundert des Tabellenentgelts der Stufe 1 der vergleichbaren Lehrkraft, mindestens aber 75 vom Hundert des Tabellenentgelts der vergleichbaren im öffentlichen Dienst stehenden Lehrkraft.

Frage 3:

Welche Fälle sind der Landesregierung bekannt, wonach Ersatzschulen ihren Lehrkräften eine Vergütung gezahlt haben, welche hinter der o.g. wirtschaftlichen Absicherung zurückbleibt? Welche Vorkehrungen und Maßnahmen sind getroffen, um zu gewährleisten, dass die Träger von Ersatzschulen diese Genehmigungsvoraussetzungen bei der Organisation des Schulbetriebs beachten?

Zu Frage 3:

Der wohl bekannteste Fall, auch bezüglich seines Ausmaßes, betraf die beiden Schulträger der EDU.CON-Gruppe. Neben weiteren wesentlichen Verfehlungen war die Zuverlässigkeit dieser Träger nicht mehr gegeben, und für die betroffenen drei Ersatzschulen wurde im Jahr 2010 die Genehmigung widerrufen. Abgesehen davon werden diese Beanstandungen nicht statistisch erhoben.

Grundsätzlich gilt, dass Träger von Ersatzschulen im Rahmen der Genehmigung oder Anerkennung und vor Beginn der Finanzierung nachweisen müssen, dass die rechtliche und wirtschaftliche Stellung ihrer Lehrkräfte ausreichend gesichert ist. Bestehen im Rahmen eines Anerkennungsverfahrens bzw. der schulaufsichtlichen Überprüfung der Ersatzschule vor Beginn der Finanzierung wesentliche Beanstandungen, so erhält der Schulträger eine Frist zur Abstellung dieser Mängel, da ansonsten der Widerruf der Genehmigung gemäß § 122 BbgSchulG droht. Gleiches gilt für Fälle, die im Rahmen einer darüber hinausgehenden anlassbezogenen Überprüfung der Einhaltung der Genehmigungsvoraussetzungen der Ersatzschule bekannt werden. Bisher haben diese Beanstandungen stets dazu geführt, dass der Träger für Abhilfe sorgte.

Frage 4:

In wie weit existieren Kooperationen zwischen öffentlichen Schulen und Ersatzschulen beim bedarfsabhängigen Austausch von Lehrkräften, z.B. durch gegenseitige Entsendung? Gibt es Erlasse des für Schule zuständigen Ministeriums oder Anordnungen der Schulaufsichtsbehörden oder sonstige Weisungen und Richtlinien, wie Lehrkräfte aus öffentlichen Schulen zu Ersatzschulen wechseln können, bzw. dass dies ausgeschlossen oder an besondere Bedingungen geknüpft wird? Wenn ja, welche?

Zu Frage 4:

In der Praxis wechseln Lehrkräfte von öffentlichen an frei getragene Schulen. Angestellte Lehrkräfte öffentlicher Schulen unterrichten aus eigener Initiative im Rahmen von Nebentätigkeit zeitweise auch an Ersatzschulen. Werden gegen die beabsichtigte Nebentätigkeit einer Lehrkraft des öffentlichen Dienstes vonseiten des zuständigen staatlichen Schulamtes keine Vorbehalte geltend gemacht, muss der Träger der Ersatzschule mit der jeweiligen Lehrkraft einen Arbeitsvertrag abschließen, der den Anforderungen des § 121 Absatz 3 Nr. 3 BbgSchulG entspricht und die Vorgaben des § 5 Absatz 5 ESGAV erfüllt.

Für verbeamtete Lehrkräfte, die auf Antrag des Schulträgers unter Wegfall der Bezüge zum Dienst in einer Ersatzschule beurlaubt sind und denen eine Anwartschaft auf lebenslängliche Versorgung und Hinterbliebenenversorgung nach beamtenrechtlichen Vorschriften gewährt wird, regelt die Ersatzschulzuschussverordnung vom 7. April 2008 (ESZV) in § 1 Absatz 6, dass die Personalkostenzuschüsse für die Ersatz-

schule um einen Versorgungszuschlag in Höhe von 12.200 € gemindert werden. Für eine auf Antrag des Schulträgers unter Fortzahlung der Bezüge zugewiesene verbeamtete Lehrkraft wird der volle Personalkostenzuschuss der Ersatzschule in Höhe des ermittelten Tabellenentgelts der vergleichbaren Entgeltgruppe gekürzt. Bei Kürzungen dieser Art wird der jeweils geltende Zuschusssatz gemäß §124 Absatz 2 Satz 1 oder Absatz 5 des BbgSchulG berücksichtigt.

Ein Einsatz von hauptamtlichen Ersatzschullehrkräften an öffentlichen Schulen ist nicht bekannt.